

## Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 08.12.2015

### **Flexible Lösungen sind gefragt - Mehr Sprachförderunterricht für junge Flüchtlinge an Niedersachsens allgemeinbildenden Schulen!**

Der Landtag wolle beschließen:

#### EntschlieÙung

Gute Kenntnisse der deutschen Sprache sind der Schlüssel zur Integration. Schulpflichtige Kinder und Jugendliche, die als Asylsuchende nach Niedersachsen kommen, sollen den geltenden Erlassen zufolge zusätzliche Sprachförderung erhalten. Dies geschieht in den allgemeinbildenden Schulen in Sprachlernklassen oder über andere integrative Maßnahmen. Neben dem grundlegenden Erwerb der deutschen Sprache muss es aber auch um die Vermittlung der Wertvorstellungen gemäß dem Bildungsauftrag unseres Schulgesetzes gehen. Schülerinnen und Schüler, die sich erst kurze Zeit in Deutschland aufhalten, sollen so möglichst schnell in unser Bildungssystem und unsere Gesellschaft integriert werden.

In den Einstellungsverfahren für Lehrkräfte seit dem Sommer 2015 hat sich gezeigt, dass es äußerst schwierig ist, ausreichend qualifizierte Lehrkräfte für den Sprachförderunterricht in Niedersachsen zu finden. Der Bedarf kann nicht vollständig gedeckt werden. Dadurch wird die Integration junger Flüchtlinge und Asylsuchender erschwert, und die Schulen werden mit dieser großen Aufgabe allein gelassen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. in den allgemeinbildenden Schulen für Flüchtlingskinder konsequent Sprachlernklassen entsprechend dem Erlass „Förderung von Bildungserfolg und Teilhabe von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache“ einzurichten,
2. nach dem Vorbild des „SPRINT“-Projekts für berufsbildende Schulen auch an allgemeinbildenden Schulen die Möglichkeiten zur Einstellung von Personal zur Erteilung des Sprachförderunterrichts weiter zu flexibilisieren.

#### Begründung

Aufgrund der falschen Entscheidungen der rot-grünen Landesregierung in der Bildungspolitik gerade in Bezug auf die Lehrerarbeitszeit und zu wenige Einstellungen neuer Lehrkräfte in den Schuldienst war Niedersachsen von allen deutschen Bundesländern im Jahr 2015 am schlechtesten auf die Aufnahme von bis zu 40 000 Asylsuchenden im schulpflichtigen Alter in den Schulen vorbereitet. Mit einer unrechtmäßigen Erhöhung der Lehrerarbeitszeit hatte Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) die allgemeinbildenden Schulen in eine sehr schwierige Situation bei der Unterrichtsversorgung gebracht.

Infolgedessen bedarf es jetzt besonderer Anstrengungen, um weitere Sprachlernklassen bzw. gesonderte Lerngruppen für Flüchtlingskinder einzurichten und andere Sprachfördermaßnahmen in ausreichendem Umfang anbieten zu können.

Mit dem „SPRINT“-Projekt steht den berufsbildenden Schulen in Niedersachsen ein Instrument zur Verfügung, mit dem sie flexibel auf eine steigende Zahl von Schülern mit Sprachförderbedarf wie z. B. junge Flüchtlinge und Asylsuchende reagieren können. Es bietet sich an, Elemente dieses Projekts auf die allgemeinbildenden Schulen zu übertragen. Da insbesondere großer Personalbedarf für Sprachförderangebote besteht, könnten die flexiblen Möglichkeiten zur Einstellung von Personal, die „SPRINT“ bietet, auf die allgemeinbildenden Schulen übertragen werden.

Björn Thümmler  
Fraktionsvorsitzender